

WIRTSCHAFTS-IMPULS

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Einzelpreis 180 Mark
Donnerstag, den 24. Mai 1923

3. Jahrgang Nr. 118

Der Aufmarschplan gegen Sowjet-Rußland Auch Danzig und Oberschlesien in Gefahr — Sowjet-Rußlands letzter Versuch zur Rettung des Friedens

Theoretische Erkenntnis, aber kein Mut zur Tat!

(Eigene Drahtmeldung)
Paris, 23. Mai.
Die englische Öffentlichkeit hat die Absicht der „Humanität“ bemerkt, daß militärische Vorbereitungen insofern der englisch-russischen Krise getroffen werden. Der Londoner Korrespondent der „Humanität“ erklärt, daß er trotz dieses Moments keine Information über die Flottenbewegungen anzuhören erlauben würde. Er könne außerdem mitteilen, daß der Rat der russischen Monarchisten in Paris ein Manifest erlassen werde, in dem erklärt wird, daß der Erfolg der Sowjetregierung zu nahe bevorstehe. Sobald der Erfolg erfolgt sei, werde als erste Phase der Gegenrevolution eine Diktatur unter Führung einer „hohen Persönlichkeit“ eingerichtet werden, die die Aufgabe haben soll, die Ordnung so schnell wie möglich wieder herzustellen. Es sei klar, so fährt der Korrespondent weiter fort, daß diese hochbedeutsame Persönlichkeit der Großfürst Nikolai ist. Die militärische Aktion werde von General Krasnowoff geführt werden.

(Eigene Drahtmeldung)
Paris, 23. Mai.
Die russische Regierung ist wegen den Ereignissen in Danzig sehr beunruhigt. Eine offizielle Persönlichkeit des Außenamtes erklärt, er habe allen Anlaß zur Befürchtung, daß die heutige Kabinetsliste in Polen die sogenannte „Wahrheit“ enthält, in der militärische Absichten leicht ersichtbar sind. Die russische Regierung ist sehr besorgt über den rassistierten vorbereiteten Angriffslan. Die deutsche Regierung ist wegen den Ereignissen in Danzig sehr beunruhigt. Eine offizielle Persönlichkeit des Außenamtes erklärt, er habe allen Anlaß zur Befürchtung, daß die heutige Kabinetsliste in Polen die sogenannte „Wahrheit“ enthält, in der militärische Absichten leicht ersichtbar sind. Die russische Regierung ist sehr besorgt über den rassistierten vorbereiteten Angriffslan. Die deutsche Regierung ist wegen den Ereignissen in Danzig sehr beunruhigt. Eine offizielle Persönlichkeit des Außenamtes erklärt, er habe allen Anlaß zur Befürchtung, daß die heutige Kabinetsliste in Polen die sogenannte „Wahrheit“ enthält, in der militärische Absichten leicht ersichtbar sind.

(Von unserem Hamburger Sonderberichterstatter)

Hamburg, 23. Mai.
Die Weltgeschichte hat häßliche Morden. Sie verdirbt hin und wieder das beste Konzept. Jetzt hat sie durch das Programm des Internationalen Kongresses in Hamburg einen Strich gemacht. Er war eingeleitet worden mit einer großzügigen Kommunitätsebene, bei der auch das Angebot von Hunderttausenden nicht fehlte. Und nun hängt in den Kongress die Nachricht von dem Kriegsklimaxum Cuzons an Sowjet-Rußland hinein. Das bringt den Kongress zu den Fragen der aktuellen Weltpolitik und gegen den verbreiteten Imperialismus. Lösung zu nehmen. Doch ist es zu keiner praktischen Entscheidung des Kongresses gekommen, noch hat man nicht über bestimmte Maßnahmen gesprochen. Aber Henderson gab eine Erklärung ab, in der er sich mit Stärke gegen jede Intervention gegen Sowjet-Rußland wandte. Abrahamowitsch schloß sich dieser Erklärung mit den bei den Menschewisten selbstverständlichen Vorbehalten gegenüber der Sowjetregierung an. Hendersons Mitteilung hatte bei vielen Delegierten, namentlich bei den englischen, eine für Sowjet-Rußland günstige Stimmung ausgelöst. Wenn Abrahamowitsch auch noch in seiner Rede andeutete, daß er an diesem Tage noch keine Anträge gegen den Bolschewismus vom Stapel lassen werde, so war das unter dem Eindruck der Tatsache unzulässig geworden. Es herrschte bei vielen Delegierten auch eine große Empörung darüber, wie es überhaupt möglich war, daß die von Abrahamowitsch für kein antirussisches Komitee ausgearbeiteten Thesen — die übliche Menschewistenmaxime — vom Bureau zum Druck gegeben werden konnten.

Die russische Regierung ist wegen den Ereignissen in Danzig sehr beunruhigt. Eine offizielle Persönlichkeit des Außenamtes erklärt, er habe allen Anlaß zur Befürchtung, daß die heutige Kabinetsliste in Polen die sogenannte „Wahrheit“ enthält, in der militärische Absichten leicht ersichtbar sind. Die russische Regierung ist sehr besorgt über den rassistierten vorbereiteten Angriffslan. Die deutsche Regierung ist wegen den Ereignissen in Danzig sehr beunruhigt. Eine offizielle Persönlichkeit des Außenamtes erklärt, er habe allen Anlaß zur Befürchtung, daß die heutige Kabinetsliste in Polen die sogenannte „Wahrheit“ enthält, in der militärische Absichten leicht ersichtbar sind.

Die russische Regierung ist wegen den Ereignissen in Danzig sehr beunruhigt. Eine offizielle Persönlichkeit des Außenamtes erklärt, er habe allen Anlaß zur Befürchtung, daß die heutige Kabinetsliste in Polen die sogenannte „Wahrheit“ enthält, in der militärische Absichten leicht ersichtbar sind. Die russische Regierung ist sehr besorgt über den rassistierten vorbereiteten Angriffslan. Die deutsche Regierung ist wegen den Ereignissen in Danzig sehr beunruhigt. Eine offizielle Persönlichkeit des Außenamtes erklärt, er habe allen Anlaß zur Befürchtung, daß die heutige Kabinetsliste in Polen die sogenannte „Wahrheit“ enthält, in der militärische Absichten leicht ersichtbar sind.

Auch die Rede Otto Bauers über die internationale Reaktion stand häufiger unter dem Eindruck der neuen Verschärfung der internationalen Situation. Geht es nicht um die Brandbeide der internationalen Konterrevolution: den Haß aller kapitalistischen Mächte gegen Sowjet-Rußland, den deutschen Nationalismus, den Faschismus in Italien, das Sorbisch-Regiment in Ungarn und die in Desterreich unter dem Druck des Völkerverbandes großgezogene Reaktion. Natürlich konnte er es nicht wagen, die Konterrevolutionäre Rolle der internationalen Sozialdemokratie zu schildern, die in ganz Mitteleuropa der Reaktion den Weg ebnet hat. Aber hin und wieder verließ er doch seinen eigenen Gefühlen einen Stich, und als er von dem Mord der beiden Revolutionäre in Deutschland und von der Konterrevolution sprach, an deren Händen das Blut Tausender deutscher Arbeiter fließt, da verließ ihn, der am Präsidiumsaule saß, unwillkürlich seine Hände unter dem Tisch.

Die im „Manchester Guardian“ veröffentlichten Telegramme des italienischen Agenten in Moskau waren eine Antwort auf eine Anfrage Mussolinis, was geschähe dort, wenn England und Italien ihre Verbindungen abbrechen würden. Es ist demnach klar, daß Curzon lange bevor er sein Ministeramt übernahm, zusammen mit Mussolini den Boden für einen Versuch vorbereitete. Bezeichnend ist, daß der wehrpolitische General Barbovitsch in Belgrad am 4. Mai an alle zaristischen Offiziere den Befehl ergoß, sich bereit zu halten. Dieser Befehl wurde aus Bulgarien Wangenstreifen nach Jugoslawien transportiert und unter das Kommando dieses Barbovitsch gestellt.

Die russische Regierung ist wegen den Ereignissen in Danzig sehr beunruhigt. Eine offizielle Persönlichkeit des Außenamtes erklärt, er habe allen Anlaß zur Befürchtung, daß die heutige Kabinetsliste in Polen die sogenannte „Wahrheit“ enthält, in der militärische Absichten leicht ersichtbar sind. Die russische Regierung ist sehr besorgt über den rassistierten vorbereiteten Angriffslan. Die deutsche Regierung ist wegen den Ereignissen in Danzig sehr beunruhigt. Eine offizielle Persönlichkeit des Außenamtes erklärt, er habe allen Anlaß zur Befürchtung, daß die heutige Kabinetsliste in Polen die sogenannte „Wahrheit“ enthält, in der militärische Absichten leicht ersichtbar sind.

Vor den theoretischen Konsequenzen, die Bauer zog, kann man, da sie von einem Sozialdemokraten kamen, allerdings Respekt haben. Er sprach offen aus, daß man gegen den Faschismus mit den Mitteln der vielgepriesenen bürgerlichen Demokratie nicht ausrichten könne. „Hier muß kein Appell an die Demokratie. Hier muß Gewalt angewandt werden.“ Solch große Worte regten entschieden den Appell an, um zu hören, wie praktisch der gewalttätige Kampf gegen die Konterrevolution geführt werden solle. Aber das hatte man wieder die übliche Entschuldig. Eine einzige „praktische Maßregel“ wurde vorgeschlagen. In der wurde noch ein besonderes Relief gegeben durch die wehrmäßige Erklärung, daß viele Delegierte noch eine gewisse Skepsis gegenüber der Vereinigung besäßen. Diese Skepsis werde in der Tat gerechtfertigt, wenn nicht eben jene Maßregel durchgeführt werde, die er vorschlug. Und was war das für eine Maßregel? Nun, die Sozialdemokratie sei so wenig über die Vorgänge in Italien unterrichtet, Mussolini habe es verstanden, um den Bolschewismus und seine Taten einen Haß des Schwiegens zu ziehen. Es müßte — ein internationales Informationsbureau gegründet werden!

Krasjins Mitteilungen an Lord Curzon

(Eigene Drahtmeldung)

London, 24. Mai.
Sowjet-Rußland hat durch den Mund Krasjins die Erfüllung von wichtigen Forderungen des englischen Ultimatum zugewandt. Gestern, Mittwoch, hat er im Auftrag der Sowjetregierung Lord Curzon folgendes mitgeteilt:

1. Die Sowjetregierung ist bereit, bis zum Moment der Ausarbeitung eines Abkommens über die Abgrenzung der fremden Nationen in den russischen Gewässern den Engländern das Recht zu geben, außerhalb der Dreimeilenzone sich mit der Küste zu beschäftigen.
2. Die Sowjetregierung ist bereit, die Entscheidung zu bejahen für die Ermächtigung des Ingenieurs Dewison und für die Befestigung der Stan Gardins, obwohl sie bemerkt, daß die beiden Personen im Dienste der englischen Spionage in Rußland sich aufhalten haben.
3. Die Sowjetregierung ist bereit, zu den Verhandlungen über die Orientierung der russischen Eisenbahnen für die absehbare Angelegenheiten, den Genossen Tschitschewin, nach London zu entsenden. Sie stellt fest, daß seit dem September des Jahres 1921 die englische Regierung kein einziges Mal einen angeblich antirussischen Propaganda der Vertreter der Sowjetregierung in Wien irgendwelche Beschwerden erhoben hat. Sollte in Zukunft die englische Regierung solche Beschwerden erheben, so wird die Sowjetregierung in jedem Falle sie in reichhaltigster Weise prüfen. Sie erklärt von neuem, daß sie keine Propaganda gegen England treiben wird, falls die englische Regierung dieselbe Erklärung in Bezug auf Sowjet-Rußland abgeben wird.

Mobilisierungsmagnahmen in Prag!

Prag, 23. Mai.

„Tribuna“ und die Vorarbeiten zur Schaffung eines tschechoslowakischen Verteidigungsrates abgeschlossen. Die Aufgabe des Rates besteht in der Durchführung aller zu einer raschen Mobilisierung in der Tschechoslowakei erforderlichen Maßnahmen. Der Rat wird sich aus fünf Ministern, darunter dem Minister für die Landesverteidigung und dem Minister des Äußeren zusammensetzen.

Die Kabinettsbildung in England

Lord Curzon bleibt

London, 24. Mai.
Die Konferenz der englischen Konventionen Partei, in der die Regierungsbildung endgültig sanktioniert wird, soll Mitte nächster Woche stattfinden. Baldwin ist bestrebt, die Einheit der Konventionen wieder herzustellen und auch den Flügel zur Regierungsarbeit heranzuziehen, der sich bisher einem rein konservativen Kabinett fernhielt. Der Schwager des Lord Curzon, der Kabinettsminister, Sir Robert Borden, hat den Vorschlag des Schatzkammerpräsidenten übergeben. Außerdem sollten Chamberlain und dem früheren Kriegsminister Borden Vorschlag angeboten werden. Lord Curzon hat offiziell seine Zusage zur Beibehaltung seines bisherigen Amtes als Außenminister gegeben. Die Presse stimmt daran überein, daß Baldwin so die Konferenz schließlich zu trennen. Die Presse hofft von ihm eine Annäherung an Frankreich auf Grund der von Lord Curzon in London angekündigten Reparationspläne (selbständige Rheinprovinz). In London schließlich wird besonders darauf hingewiesen, daß Baldwin der geeignete Mann eines „Englandamerikanisch“en Ausgleiches sei, der bei der besten Schwächung der russischen Revolution, eine entscheidende Schlüsselrolle in der Richtung der imperialistischen Interventionen spielt am Rhein, an den Dardanellen und gegen Sowjet-Rußland.

„Gegen die Konterrevolution müßte kein Appell an die Demokratie!“ „No Kampf! Keine Enquêtes! Mobilisierung des gesamten Proletariats gegen die internationale Reaktion!“ Man mag irgendeine aktuelle Frage der Politik erheben, so werden, so man immer will, stets hinter die Unterordnung zu dem Selbst: Die Einheitsfront des kämpfenden Proletariats ist eine Notwendigkeit. Bisher hat diesen Selbst nicht ziehen wollen und darum war sein Fazit eine Niederlage. Wir können uns über die letzte Tatsache trösten mit einem Wort dieses selben Bauer, der auf der Berliner Konferenz der drei Exekutiven seinen heutigen Partei-genossen ausrief: „Es kommt in der Politik nicht darauf an, was Sie wollen, sondern was Sie müssen!“

Redebeiträge gegen die „Deutschhässlichen“ in Württemberg. Die der „Vorwärts“ aus Stuttgart berichtet, hat der dortige Parteipräsident des Sozialdemokratischen Partei in Württemberg eine Redebeiträge der Deutschhässlichen Partei verboten und gleichzeitig mitgeteilt, daß auch ein öffentlicher Vortrag der Herren Müller, a. G. und Janning in Württemberg nicht gestattet werde.

Comit ist die Sowjetregierung, um den Frieden zu retten, an die Grenze der Zugeländnisse gelangt, die mit der Souveränität Sowjet-Rußlands vereinbar sind. Die einzige Forderung, die die Sowjetregierung nicht akzeptiert hat, ist die Forderung nach der Abgrenzung der russischen Gebirgen in Kasan und Tscherev mit dem Mittels der russischen Exekution in London, des Genossen Tschitschewin. Alle gegen diese Genossen erhobenen Anklagen der englischen Note sind aus der Zeit gewirren, und es unterliegt keinem Zweifel, daß das Anklagenmaterial Curzons auf Fälschungen der englischen Spionagenzentrale beruht, wie das schon einmal im September 1921 nachgewiesen wurde.

Die russische Regierung ist wegen den Ereignissen in Danzig sehr beunruhigt. Eine offizielle Persönlichkeit des Außenamtes erklärt, er habe allen Anlaß zur Befürchtung, daß die heutige Kabinetsliste in Polen die sogenannte „Wahrheit“ enthält, in der militärische Absichten leicht ersichtbar sind. Die russische Regierung ist sehr besorgt über den rassistierten vorbereiteten Angriffslan. Die deutsche Regierung ist wegen den Ereignissen in Danzig sehr beunruhigt. Eine offizielle Persönlichkeit des Außenamtes erklärt, er habe allen Anlaß zur Befürchtung, daß die heutige Kabinetsliste in Polen die sogenannte „Wahrheit“ enthält, in der militärische Absichten leicht ersichtbar sind.



Halle und Saaltze

Ein ernstes Wort

Die deutsche Klassenbewegung Arbeiterklasse fand in letzter Zeit in fortgeschrittenen revolutionären Klassenkämpfen mit dem Bürgerkrieg. Manche Lehre können wir aus ihnen ziehen. Einer der wichtigsten Punkte ist die Verteilung der Propaganda, vor allem die Frage der Zeitung. Der Kampf zwischen Arbeit und Kapital nimmt immer mehr an Schärfe zu und artet zu offenem, heftigstem Kampfe schon jetzt in vielen Ländern aus. Die Zeitung ist der wichtigste Faktor, der Führer in diesen Auseinandersetzungen. Der größte Teil der arbeitenden Bevölkerung hat das noch nicht erkannt. Das Bürgerium legt das Schwergewicht auf die Zeitung, wirtschaftlich und politisch, und hat dadurch einen der höchsten Wirkstoffe in der Hand. Hugo Sinnes sagte viele Zeitalter aus dem Leiden der Massen den Massen aufzuwecken und Kämpfe für Freiheit, Gerechtigkeit und Fortschritt zu erzielen. Durch die ungenutzten Kräfte, die dem Volke vom Bürgerium aufgebracht werden, durch die Unwirksamkeit des kapitalistischen Profitgesetzes, durch die Folgen des Weltkrieges, verdrängt die Frage der arbeitenden Klasse immer mehr und mehr. Die sozialen und politischen Kämpfe lassen die Weltrevolution immer näher herantreten. Trotzdem der Ausgang des Kampfes nicht zweifelhaft sein kann, wird die leitende Klasse mit allen Mitteln versucht, die bestmöglichen Massenüberhebungen, um die Quelle des Profites zu erhalten.

In der uns zur Verfügung stehenden Briefe lichte durch Wort und Schrift muß die Kultur in der nächsten Zukunft erfolgen. Alle Probleme müssen grundständig behandelt werden, und Massen darauf verpflichtet werden. Weil der Kampf naturgemäß zur Entscheidung drängt und die Ablösung des kapitalistischen Systems sich vollziehen muß und immer mehr in greifbare Nähe tritt, muß das Hauptaugenmerk auf unsere Presse gerichtet sein, vor allem auf ihren Inhalt und auf ihre Verbreitung.

In den Betrieben muß bei allen Maßnahmen die Zeitungskritik mit vorgelegt werden. Hier ist vor allem der Hebel anzusetzen, und schon hat man ein reiches Arbeitsfeld. Ein großer Teil von Arbeitern sieht heute noch bürgerliche Zeitungen. Bei dieser Arbeit muß die Zeitung die Aufgabe übernehmen, jeden Monat vor dem Erscheinen in ganz Deutschland ein Stückchen geschrieben werden, wo jeder Kommunist seine eigene Zeitung einem anderen Arbeiter, Angestellten oder Beamten, vor allem aber den allein stehenden Frauen zur Verfügung stellt. Der Stichtag muß in der Zeitung, etwa mit der Karte: Diese Nummer ist zur Verfügung, jedem ersichtlich gemacht werden.

Die Hausagitation muß planmäßig vorgenommen werden. Nur die besten Genossen sind in der Lage, in den Häusern erfolgreich zu arbeiten. Jeder Genosse erhält nicht mehr als zehn bis höchstens fünfzehn Hausbesuche und wieweilige eine Woche Zeit zu seiner Aufgabe. Nach dem Abschluß der Arbeit werden die Genossen zusammengeführt, und jeder erhält Bericht. Die wichtigsten Momente werden besprochen, der Zeitungsbau kann dann den Bericht in der nächsten Sitzung der Zeitungskomitee mit Redaktion und Verlag nochmals zu besprechen.

Eine große Fülle von Stoff ist vorhanden, wodurch manche Fehler beseitigt werden können, und die Verbreitung der Zeitung schneller vorwärts getrieben wird. So vieler Kleinarbeit können wir uns die Pfaffen als Vorbild nehmen, die unermüdet aus dem Ausbau ihrer Missionierung gearbeitet haben.

Auf die Verankerung in den Betrieben, mit der zwei oder drei Genossen betraut werden, muß mehr Wert gelegt werden, als bei der Zeit, die ein Genosse in eine gute Verbindung mit den Arbeitern geschenkt. Das Sammeln von Anzeigen muß in Verbindung mit länger als einem Vierteljahr durch die Parteiorganisation vorgenommen werden.

Jeder erdenkliche Reize von Aufgaben, die wir planmäßig in Angriff nehmen müssen. Darum: Vorwärts an die Arbeit! Der Sieg ist unser, trotz allem!

Zu den Kommunistenvereinigungen bei der DOK

Die letzten Ergebnisse bei der DOK, förderten ein derartiges Maß von Unternehmungen und Parteiführer sagte, daß es notwendig ist, sich bei der DOK zu beteiligen. Der eigentliche Betreiber der ganzen Sache ist der Geschäftsführer Riemer, derliche Riemer, der da glaubt, mit schillernden Wörtern an der Spitze der Arbeiterklasse Einbruch machen zu können, als er noch als Stammgast in der „Produktions-Gesellschaft“ verweilt. Seine Joten hindern diesen Menschen jedoch nicht, nebenher recht fromm und gottesfürchtig zu sein. Er hat auch sonst ganz die Mienen anderer frommer Herren und dürfte wohl auch ein einig wenig von einem solchen Schwärmer derartig einfängerisch „spiegeln“ bieten. Wir könnten jedenfalls mit mondem Eifer dazu aufwarten.

Ans berichtet Riemer nun allerdings keine Unwahrheiten. Dazu haben wir einen zu tiefen Einblick in sein „Seelenleben“ tun können, wenn er sich am Stammtisch zu gebürdet, als wäre alle Tage Hochheer oder Lumpenhandel. Was uns jedoch übertrifft, ist der Umstand, daß er ein sehr erfahrener, alter Herr mit der Gewohnheit ist, von einem solchen Schwärmer derartig einfängerisch „spiegeln“ bietet. Wir könnten jedenfalls mit mondem Eifer dazu aufwarten.

Ans berichtet Riemer nun allerdings keine Unwahrheiten. Dazu haben wir einen zu tiefen Einblick in sein „Seelenleben“ tun können, wenn er sich am Stammtisch zu gebürdet, als wäre alle Tage Hochheer oder Lumpenhandel. Was uns jedoch übertrifft, ist der Umstand, daß er ein sehr erfahrener, alter Herr mit der Gewohnheit ist, von einem solchen Schwärmer derartig einfängerisch „spiegeln“ bietet. Wir könnten jedenfalls mit mondem Eifer dazu aufwarten.

Das Versicherungsamt ist jedoch in seiner Parteiführerschaft noch viel weiter gegangen. Das Versicherungsamt hat aus den persönlichen Eingaben Riemers den auf den ersten Blick als Maßstab und subjektive Darstellung erscheinenden Schwamm unterdrückt und die als beweiswürdig erscheinenden Denunziationen deselben übernommen; und im Fortlauf der Unterlegungen die Anordnungen, die u. a. die Befreiung der drei Betriebsratsmitglieder und die Befreiung der bisherigen Rechte des Versicherungsamtes, bezieht, ohne sich Einblick in die Originalunterlagen zu verschaffen. Das Versicherungsamt hat sich hierbei um eines Vertrauensbruches schuldig gemacht, indem es dem Kassenvorstand anlässlich einer

Ein Skandal in der hallischen Ruhrhilfe

Ruhrflüchtlinge auf die Straße gesetzt — Ruhrflüchtlinge werden als Lohnrücker benutzt — Stillende Frauen sollen die Milch für die Säuglinge zurückzahlen

Wir haben schon des öfteren nachweisen müssen, daß die Ruhrhilfe eine Freischöpfung der Arbeiter darstellt und daß sie zu nichts anderem dient, als die Kosten der Ruhrhilfe auf die Arbeiter abzuwälzen. Die Spenden der Industriellen und der Arbeiter, die durch enorme Preissteigerungen aus dem Profitariat herausgequält werden, dienen nur dazu, um die Arbeiterklasse zu Zahlungen von ihrem Hungerlohn zu veranlassen.

So haben bei der Verladung von Ruhrflüchtlingen nach dem unbesetzten Gebiet in Unterelbe nach der Ständesugehörigkeit der Eltern gemäß die Kinder von Kommunisten nach Möglichkeit ausgeschaltet wurden, so auch in der Behandlung der Ruhrflüchtlinge.

In Halle ist auf dem Bahnhof ein Flüchtlingsheim für Ruhrflüchtlinge eingerichtet worden. Ueber die Zustände in diesem Flüchtlingsheim ist uns ein Bericht zugegangen, der dieses „Heim“ vollständig als ein Jähzorn erweisen läßt und der deutlich erkennen läßt, daß die Arbeiter mit der Ruhrhilfe ebenfalls belogen und betrogen werden.

Der Arbeiter Franz Peter ist mit Frau und zwei Kindern, davon eines sieben Monate alt, aus dem Ruhrgebiet geflüchtet, da die französischen Militärschiffe ihn wegen Propaganda unter den Truppen verhaften wollten.

Seit im Mai ist er in Halle im Flüchtlingsheim, da sein sieben Monate altes Kind erkrankt. Als tägliche Nahrung gibt es gewöhnlich morgens zwei Stücken mit Marmelade, mittags meistens Kartoffel- oder ähnliche Suppe, nachmittags ein faibles heißes Getränk mit zwei Marmeladenstücken und abends einen Belegte Suppe, wie zu Mittag, eine Suppe und eine Marmeladenstücken.

Da bei dieser Ernährung die Frau nicht noch ihr sieben Monate altes Kind stillen kann und dem Kinde auch keine Arbeit angewiesen wurde, so verdrückte dieselbe, sich auf dem Lande Lebensmittel zu kaufen. Auf mehrmaligen Bittgesuchen wurden zu nächst zwei Familien mit zusammen fünf Kindern ein Liter Milch geliefert, nachher dieselbe Familie ein Liter. Von seinen getauften Lebensmitteln verlangt er zu reichlich häufigeren Preisen als in der Stadt einige Eier und ein Stück Speck.

Am 1. Feiertag gab es Kartoffeln mit Soße. In dem Essen der Frau waren drei schwarze, vollkommen ungenießbare Kartoffeln. Als nun die Frau dafür genießbare Kartoffeln verlangte, wurde sie von der Leiterin der Küche, Frau Grotzer, noch abdreizehn angefahren, sie sei vermüdet, sie könne wohl nur noch Eier und Speck essen. Und dabei ist diese Frau nach Ansicht eines anderen Ruhrflüchtlings an diesen mit dem Gedächtnis betraugten, ihr Lebensmittell auf dem Lande zu besorgen, da er als Ruhrflüchtling diese doch billiger bekommt.

Auf diese Beschwerde hin ist nun die Familie am 22. Mai von dem Leiter der Arbeiterkassen unter dem Vorwande des Betriebsausfalls auf die Straße gesetzt worden. Der Mann mußte sich noch als arbeitsfähig bezeugen lassen, obwohl er sich bereits als arbeitsunfähig bezeugen ließ. Selbst als Wanderarbeiter konnte er keine Arbeit finden, da die Wohnung durch eine andere Flüchtlingsfamilie belegt war. Und als er nun zur Polizei ging, da wurde er zunächst von Kommissar von Helldorf gefoltert, bis er dann mit Frau und einem Kind, der sieben Monate alte Säugling mußte ins Krankenhaus geschickt werden, im Oberbühlhofen-Kind Aufnahme fand. So heißt es schließlich mit Arbeitern um und das nennt man dann „nationale Einheitsfront“.

Dieses Vorgehen gegen den Arbeiter Peter wird durch zwei weitere Berichte verständlich. Während Arbeiter mit ihren Familien im Flüchtlingsheim auf Strohhallen liegen müssen, die schlecht gefüllt sind und die Fremdenverkehr aufzuweisen haben, werden Beamte der Ruhrhilfe in den besten Hotels der Stadt untergebracht im Knopffuß ankommen, in den besten der Stadt untergebracht für Hofbesuche und Gastmahlzeiten (sogar ein besonderes Interesse zu haben. Die werden nicht einmal verlegt, wenn sie Unterhaltungen in Höhe von 70.000 Mk. begehren, wie ein gewisser Arbeiter J. Thomas, der neben dieser Unterhaltung noch andere Schwindeltaten beging und dann flüchtig wurde. Bis heute ist bei der Polizei gegen diesen Arbeiter keine Anzeige erstattet worden. Warum nicht, das hat er vielleicht als Schreiber der Ruhrhilfe zu tief in das Gebirge der Ruhrhilfe und der Flüchtlingshilfe hineingedrückt? Kann er vielleicht angehen, wo die Leiter der Arbeiterkassen, die allewährend für das Flüchtlingsheim und die Ruhrhilfe geliefert wird, verbleibt?

Auch die Regelung der Verpflegung läßt vieles zu wünschen übrig. Die Frauen der Flüchtlingsheim liefern meistens Kartoffeln. Ihre Kontrolle, gegen die kein Widerspruch einzuwenden hat, werden Verpflegungsarten ausgesprochen. Als nun der Mann eine Familie auswärts auf Arbeitssuche und die Frau durch das Kartoffelstehlen an dem Wohlstand der Verpflegungsarten verhindert ist, bekommt die ganze Familie an diesem Tage keine Verpflegung.

Ausprache über die Eingaben Riemers erklärte, es solle nurmehr einzelne bestimmte Fragen stellen, statt dessen jedoch acht Anordnungen unter Strafantrag stellen, die 10.000 Mk. setzen. Die Parteiführer zugunsten Riemers tritt hierbei außerordentlich offen zutage. In, selbst den Zweck des Selbstschutzes wollte das Versicherungsamt nicht gelten lassen. Nachdem die drei genutzten Betriebsratsmitglieder am Freitag wieder einmündig werden, forderte das Versicherungsamt am Sonntag die abermalige Entlassung der Betriebsratsmitglieder. (Selbstverständlich wieder unter Androhung von 10.000 Mk. Geldstrafe). Einige Stunden später wurde diese Anordnung wieder aufgehoben. Man kann getrost sein, was das Versicherungsamt nunmehr unternehmen wird, trotzdem Riemer bereits mehrmals als nicht einmündiger Bericht erstatter entlarvt worden ist. Riemer muß von nunmehr ein weitgehende Zusagebündnisse mit dem Versicherungsamt erhalten haben. Ein am Privatleben, das uns der günstige Wind auf den Tisch wehte, trat er einer ihm verwandten Angestellten der Kasse mit:

... und habe inzwischen durch Anrufen der Aufsichtsinstanten alles getan, was zur Sicherung meiner Position nötig ist. Der Schick ist mir genug“.

Die Arbeiterkassen hat Herr Finger zu erklären, daß sie nicht geneigt ist, seinen das Kassentitel auf das schwerste schädigenden Unternehmungen weiterhin tatenlos zuzusehen.

5 Jahre in Sowjet-Rußland

Das Wunder des Soldaten Iwan, fand zwei russische Filme, die am Montag, dem 23. Mai, in seiner Halle des „Volkspart“ vom Roten Komitee der Arbeiterklasse vorgeführt werden. Beginn: nachmittags 4 Uhr, 6 Uhr und 9 Uhr abends. Karten zum Einheitspreis von 800 Mark sind zu haben in allen durch Plakate kenntlich gemachten Verkaufsstellen.

Wir sind der Ansicht, daß die Frau durch ihre Rüdenarbeit sich ebenfalls die Marmeladenstücken und die Kartoffelstücke verdient hat. Bei den Sammlungen wird den Arbeitern und Beamten immer gesagt, daß sie für die Arbeiter bestimmt sind oder ihnen zugute kommen. Bei der Stadt nur den französischen Eßwaren mußten die Arbeiter oftmals wie sie gingen und standen fort. Was sie auf dem Wege hatten, war alles, was sie mitnahmen. Einem Arbeiter wurden neben einem blauen Arbeitsanzug eine Militärhose und ein Paar Schuhe geliefert, natürlich aus der Ruhrzone. Dafür werden ihm 130.000 Mk. als Lohnrücker angerechnet, die ihm vom Volke abgezogen werden. Also nicht gut, daß er sein ganzes Haus und Gut eingebüßt hat, muß er jetzt noch ein paar Lumpen Kleidungsstücke selbst bezahlen. So sieht die Ruhrhilfe aus. Dem Skandal wird die Krone aufgesetzt, wenn man erfährt, daß die Milch für die stillende Mutter ebenfalls als Lohnrücker angerechnet wird und zurückgezahlt werden soll. Da kann man sich denken, wie leicht man sich in der Arbeiterklasse die nationalen Kreise der Arbeiter für die Verheerung hinterlassen lassen, daß sie bereit sind, für die Franzosen zu arbeiten. Selbst aber ein Arbeiter in seiner Verzweiflung diesen Weg, dann ist er nach Ansicht der Nationalen ein „Landesverräter“.

Ein Flüchtlings aus dem besetzten Gebiet bekommt Arbeit in der Grube „Mittel-Beita“. Er wird in „eine Arbeitskolonne gestellt, über leicht nach Schichten geteilt. Er ist ein sehr verdienstlicher individueller Arbeiter nicht anders, gewöhnt ist, frucht er nach den Vertrauensmann und dem Betriebsrat. Als ihm gesagt wird, daß im Betrieb auf „Mittel-Beita“ es keine Disziplinkontrolle gibt, ersäht er sich von der strengen Organisation im Ruhrgebiet und im übrigen Westdeutschland. Bald darauf kommt ein Betriebsratsmitglied und bezeugt ihm, daß die Beschäftigten seine Propaganda nicht hören will“. Er er in der Arbeitskolonne dieselbe Arbeit aber nur zum Schicksal verurteilt soll, und die Arbeiter selbst nicht einverstanden sind, so verläßt er natürlich diese gestiftete Arbeitsstätte. Herr Reuter, der Leiter des Flüchtlingsheims, mag es dann, diesen Mann als arbeitsfähig zu bezeichnen.

Einer solchen Behandlung sind aber nur Arbeiter ausgesetzt. Die mit dem Patienten, Stahlheim oder ein anderes Köselichen tragen. Unter dem Vorwande der Mangelhaftigkeit der Kommunisten Kommunikerorganisation, was verdrückt systematisch, die Kommunisten vollkommen ausschließen, damit sie nicht die Opfer der deutschen und französischen Kapitalisten über die wahren Zusammenhänge aufklären können. Auch im Flüchtlingsheim auf dem hallischen Bahnhof wird verdrückt, die „Geldsumme“ der einzelnen Flüchtlings auszurechnen. Man befindet sich dazu natürlich einzelner Flüchtlingslinge. Und der Erfolg dieser Methode sieht man an der Ausweisung der Familie mit den zwei Kindern, die nun, von der Heimat vertrieben, arbeitslos und obdachlos dem Elend und der Verzweiflung ausgeliefert sind.

Die „Ruhrhilfe“ ist das Monopol der „nationalistischen“ Verdrückten. Und wie die Verdrückung sich heute zeigt, die durch die Ruhrhilfe der französischen Reichs verdrückten Geldstrafen zu zahlen, so wird die „Ruhrhilfe“, die doch nach den Worten des NSGB, eine Sache des „ganzes Volkes“ ist und paritätisch von der Arbeitgeber und Arbeitnehmern verwaltet wird, zu einer Begünstigung der Nazis und zu einer Anhebung der Arbeiter benutzt. Von der Klasse der Beschwerden hindert diese Zustände im Flüchtlingsheim nicht, eine kleine Zeit während die „Hallische Zeitung“ in der hiesigen Arbeiterkassenorganisation, die „Hallische Zeitung“ der „Landwirte“ große Bekanntschaft macht. Die Flüchtlingslinge, die sich von der Arbeiterklasse angezogen, im wahren Sinne des Wortes Hunger leiden. Wo bleiben die Lebensmittelpenden, wo bleiben die Millionen-Spenden? Geht sie alle nach dem Ruhrgebiet oder ist nicht auch ein Teil für die Flüchtlingsheim im unbesetzten Gebiet, in der hiesigen Arbeiterkassenorganisation, die „Hallische Zeitung“ der „Landwirte“ große Bekanntschaft macht. Die Flüchtlingslinge, die sich von der Arbeiterklasse angezogen, im wahren Sinne des Wortes Hunger leiden. Wo bleiben die Lebensmittelpenden, wo bleiben die Millionen-Spenden? Geht sie alle nach dem Ruhrgebiet oder ist nicht auch ein Teil für die Flüchtlingsheim im unbesetzten Gebiet, in der hiesigen Arbeiterkassenorganisation, die „Hallische Zeitung“ der „Landwirte“ große Bekanntschaft macht. Die Flüchtlingslinge, die sich von der Arbeiterklasse angezogen, im wahren Sinne des Wortes Hunger leiden. Wo bleiben die Lebensmittelpenden, wo bleiben die Millionen-Spenden? Geht sie alle nach dem Ruhrgebiet oder ist nicht auch ein Teil für die Flüchtlingsheim im unbesetzten Gebiet, in der hiesigen Arbeiterkassenorganisation, die „Hallische Zeitung“ der „Landwirte“ große Bekanntschaft macht.

Im Interesse der bestehenden Klasse, die den Staat beherrscht, sind die Arbeiter und Lande aus dem Ruhrgebiet vertrieben und geschickt. Im Interesse der herrschenden Klasse müssen Hunger und Tausende hungern und schließlich im Obdachlosen-Heim verdrückt werden. So will es die politische Demokratie, die in der deutschen Republik bis zur höchsten Vollendung durchgeführt ist.

Der Staat hat bei der Verlegung der Ruhrflüchtlinge ebenso wie bei der Verlegung der Kriegsgefangenen ebenfalls verdrückt. Es ist die Aufgabe der Arbeiterkassen, daß sie sich im Interesse der Arbeiterkassen die Ruhrflüchtlinge, die in der Ruhrzone, genau anheben und dort mit harter Arbeit zugreifen. Die Arbeiterkassen, die auf diesem Beispiel erneut, daß die in der sozialistischen Bürgerliche Wohlfahrtigkeit sich nur gegen das Klassenbewußte Proletariat wendet.

Rußland-Nummer bestellen!

Die Leser des „Klassenkampf“ werden nochmals auf die zweite Sondernummer der Wochenzeitung „Das Wort“ über „Rußland und die Weltwirtschaft“ aufmerksam gemacht und gebeten, die Bestellung umgehend dem Austräger zu übermitteln.

Die Nummer enthält u. a. einen höchstinteressanten Aufsatz „Die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse im fernem Osten“ nach einem Vortrag, den Dr. Rudolf Kämis, einer der besten Kenner der internationalen Weltwirtschaft, Ende Februar d. J. vor dem Deutschen Industrie- und Handelsbund und der Reichsleitung des Deutschen Industrie gehalten hat. Die Ausführungen dieses hervorragenden Sachverständigen zeigen kein großes Vertrauen zur Weimarer Aufbaupolitik der Sowjetregierung, zugleich aber auch die Größe des englischen Verdrückens, daß gerade um fernem Osten willen das russische Rußland mit Marx überziehen will.

Die Titelgeschichte stellt die interessanteste Szene „Der Schrei Bolschewiki“ aus dem ersten großen Rußlandfilm dar. Wer also diese Rußland-Nummer haben will, ohne daß es auf die Wochenzeitung abonniert hat, muß es sofort dem Träger mitteilen.

Kleine gewerkschaftliche Mitteilungen

Die Deutsche Baugewerkschaft hält am Freitag, dem 25. Mai, abends 7 1/2 Uhr, im „Volkspart“ eine Versammlung ab. Siehe heutiges Inserat.

- Kommunische Jugend. Die Zentralvorstandssitzung ist von heute abend auf Samstag verschoben worden.
- Kommunische Arbeitergruppe. Morgen, Freitag, nachmittags 4 Uhr, wichtige Gruppenversammlung in den bekannten Lokalitäten. Das Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt erforderlich, da wichtige Tagesordnung. Um 6 Uhr abends erweiterte Vorstandssitzung in der „Produktions-Gesellschaft“. Rüllet zur Internationalen Arbeiter-Kindermode.
- Selbstwehr. Gestern mittag führte die eine zu Besuch nach dem Frau aus dem 4. Stadtwort des Panzer Submittage 16. Da die in der hiesigen Lebensmittelpenden vor sich zu ziehen wurde für die Arbeit genehmigt. Als Grund der Tat wird Schwermut angegeben.



Aus der Provinz

Die Neuregelung der Lohnsteuer

Mit Wirkung ab 1. Juni 1923 treten an die Stelle der bisherigen Einkommensteuern § 46 des Einkommensteuergesetzes folgende neuen Steuersätze:

- a) für den Arbeitnehmer leiblich und für seine zu seiner Haushaltung zählende Ehefrau ermäßig für volle Monate
- a) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Monate je 1200 RM monatlich;
- b) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Wochen je 288 RM wöchentlich;
- c) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Arbeitstage je 48 RM täglich;
- d) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für kürzere Zeiträume je 12 RM für je zwei angefangene oder volle Arbeitstagen.

- 2. Für jedes zur Haushaltsgemeinschaft des Arbeitnehmers zählende minderjährige Kind oder eigenes Einkommen beim nicht über 17 Jahre alte Kind mit eigenem Einkommen oder für jeden vom Finanzamt zur Berufstätigkeit zugelassenen mittellosen Angehörigen ermäßig für die Steuer:
- a) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Monate je 800 RM monatlich;
- b) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Wochen je 200 RM wöchentlich;
- c) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Arbeitstage je 30 RM täglich;
- d) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für kürzere Zeiträume je 80 RM für je zwei angefangene oder volle Arbeitstagen.

Kinder im Alter von mehr als 17 Jahren, die eigenes Einkommen haben, zählen nicht als minderjährige Kinder.

- 3. Zur Abgeltung der nach § 13 zu zahlenden Abzüge (Werkstattsteuer) ermäßig für die Steuer um folgende Beträge:
- a) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Monate um 10 000 RM monatlich;
- b) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Wochen um 2400 RM wöchentlich;
- c) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Arbeitstage um 400 RM täglich;
- d) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für kürzere Zeiträume um 100 RM für je zwei angefangene oder volle Arbeitstagen.

Folgendes Einkommen ist höher als 1. Juni 1923 freizeuget:

Leiblich	monatlich	wöchentlich	täglich	24h
Arbeitnehmer	124 000	28 800	4 480	1120
1 Kind a. mittel. Angeh.	40 000	9 600	1 440	360
2 Kind a. mittel. Angeh.	80 000	19 200	2 880	720
3 Kind a. mittel. Angeh.	120 000	28 800	4 480	1120
4 Kind a. mittel. Angeh.	160 000	38 400	5 920	1440
5 Kind a. mittel. Angeh.	200 000	48 000	7 360	1840
6 Kind a. mittel. Angeh.	240 000	57 600	8 800	2240
7 Kind a. mittel. Angeh.	280 000	67 200	10 240	2640
8 Kind a. mittel. Angeh.	320 000	76 800	11 680	3040
9 Kind a. mittel. Angeh.	360 000	86 400	13 120	3440
10 Kind a. mittel. Angeh.	400 000	96 000	14 560	3840
11 Kind a. mittel. Angeh.	440 000	105 600	16 000	4240
12 Kind a. mittel. Angeh.	480 000	115 200	17 440	4640
13 Kind a. mittel. Angeh.	520 000	124 800	18 880	5040
14 Kind a. mittel. Angeh.	560 000	134 400	20 320	5440
15 Kind a. mittel. Angeh.	600 000	144 000	21 760	5840
16 Kind a. mittel. Angeh.	640 000	153 600	23 200	6240
17 Kind a. mittel. Angeh.	680 000	163 200	24 640	6640
18 Kind a. mittel. Angeh.	720 000	172 800	26 080	7040
19 Kind a. mittel. Angeh.	760 000	182 400	27 520	7440
20 Kind a. mittel. Angeh.	800 000	192 000	28 960	7840

Wird ein Arbeitnehmer wegen Betriebsveränderung während der Dauer der üblichen Arbeitszeit vertrieben, so ist der Arbeitgeber verpflichtet, dem Arbeitnehmer für den Zeitraum vom Streikbeginn bis zum Streikende eine angemessene Arbeitszeit von 40 Stunden zu gewähren. Dieser Zeitraum wird ab 22. Februar 1923 durch den Zeitraum von 40 bis 48 Stunden erweitert, falls der Streik länger als 14 Tage dauert. In diesem Zeitraum ist der Arbeitnehmer für den Zeitraum vom Streikbeginn bis zum Streikende eine angemessene Arbeitszeit von 40 bis 48 Stunden zu gewähren. Dieser Zeitraum wird ab 22. Februar 1923 durch den Zeitraum von 40 bis 48 Stunden erweitert, falls der Streik länger als 14 Tage dauert.

Wird die Zahl der unterhaltsberechtigten Familienmitglieder vergrößert (Geburts- und Heiratsfälle), so hat der Steuerpflichtige die Steuerpflicht in seinem Steuerjahr bis zum Ende des Monats, in dem die Steuerpflicht beginnt, zu beenden. In dem Monat, in dem die Steuerpflicht beginnt, ist der Steuerpflichtige nicht als Steuerpflichtiger anzusehen, wenn die Zahl der unterhaltsberechtigten Familienmitglieder sich durch Heirat, Geburt oder Heirats- oder Geburtsfälle vergrößert, wenn die Zahl der unterhaltsberechtigten Familienmitglieder sich durch Heirat, Geburt oder Heirats- oder Geburtsfälle vergrößert.

Wird die Zahl der unterhaltsberechtigten Familienmitglieder vergrößert (Geburts- und Heiratsfälle), so hat der Steuerpflichtige die Steuerpflicht in seinem Steuerjahr bis zum Ende des Monats, in dem die Steuerpflicht beginnt, zu beenden. In dem Monat, in dem die Steuerpflicht beginnt, ist der Steuerpflichtige nicht als Steuerpflichtiger anzusehen, wenn die Zahl der unterhaltsberechtigten Familienmitglieder sich durch Heirat, Geburt oder Heirats- oder Geburtsfälle vergrößert, wenn die Zahl der unterhaltsberechtigten Familienmitglieder sich durch Heirat, Geburt oder Heirats- oder Geburtsfälle vergrößert.

Die kommenden Gemeindevahlen

Aufgaben der Kommunisten

Wenn am politischen Himmel keine Gewitterwolken heraufziehen, die die Republik in eine Liquidität wird, so ist die Gemeindevahlen im Spätherbst „kein Zinobier“ mehr entgegen. Die Gemeindevahlen haben nach 4 1/2 Jahren wieder Gelegenheit, über ihre im „Arte“ ist und „grau“ gewordenen Verhältnisse zu berichten zu haben. Das Urteil wird nicht immer milde ausfallen, wenn man bedenkt, in welcher schicksalhaften Weise die Interessen der erwerbsfähigen Bevölkerung in dieser langen „Legislationsperiode“ behandelt worden sind. Die im Schatten der Bürgerkriegs kommenden und regierenden Sozialdemokraten werden vor den Arbeitnehmern ihre „politische Mitarbeit“ zu veranschaulichen haben. Wie viele enttäuscht werden, ist heute nicht mehr zweifelhaft.

Den Anstoß zu den kommenden Gemeindevahlen gibt das Gesetz über die vorläufige Regelung der Gemeindevahlen. Darnach sollen die Gemeindevahlen der Städte und Landgemeinden bis zum 30. November 1923 neu gewählt werden. Der Wahltag, welcher ein Sonntag sein muß (normalerweise der 20. November), bestimmt der Landtag. Die Dauer der Wahlfrist wird in der neuen Städte- und Gemeindeordnung festgelegt. Wahlberechtigt sind alle über 20 Jahre alten reichswässigen Männer und Frauen, die seit ununterbrochen sechs Monaten ihren Wohnsitz im Gemeindevahlbezirk haben. Die Wahlberechtigung ist im Falle der Wahl des 25. Jahrestages vollendet. Von der Wahlberechtigung und Wahlbarkeit ausgeschlossen sind Soldaten oder Personen, die entmündigt, oder unter Vormundschaft stehen, oder denen die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt sind. Ferner sind die in der Ausübung ihres Wahlrechts im Falle der Wahl des 25. Jahrestages oder der Wahlberechtigung in einer Weise oder Pflichten unterworfen sind, ferner Straf- und Unterhaltungsgefangene oder wer sonst infolge gerichtlicher oder politischer Anordnung in Verwahrung gehalten wird. Ausgenommen sind Personen, die aus politischen Gründen in Schutzhaft gehalten werden.

Der § 4 des Gesetzes bestimmt die Zahl der Vertreter in den Gemeinden. Sie muß mindestens 11 betragen und kann durch Ortsgesetz je nach der Einwohnerzahl erhöht werden, und zwar bis zu 15 000 Einwohnern für jede angefangene 1000, bei mehr als 15 000 bis 30 000 Einwohnern für jede angefangene 2000, bei mehr als 30 000 bis 60 000 Einwohnern für jede angefangene 3000, bei mehr als 60 000 bis 100 000 Einwohnern für jede angefangene 10 000, bei mehr als 100 000 bis 200 000 Einwohnern für jede angefangene 15 000 und je einen Vertreter. Die Zahl der Vertreter darf 100 nicht übersteigen.

Die Wahlfrist beginnt am 1. Juni 1923. Die Gemeindevahlen werden in der Regel am Sonntag, dem 20. November 1923, abgehalten. Die Wahlzeit beginnt um 8 Uhr morgens und endet um 6 Uhr abends. Die Wahlzeit ist durch Ortsgesetz verlängert oder verkürzt werden. Die Wahlzeit ist durch Ortsgesetz verlängert oder verkürzt werden.

Die Wahlzeit beginnt am 1. Juni 1923. Die Gemeindevahlen werden in der Regel am Sonntag, dem 20. November 1923, abgehalten. Die Wahlzeit beginnt um 8 Uhr morgens und endet um 6 Uhr abends. Die Wahlzeit ist durch Ortsgesetz verlängert oder verkürzt werden. Die Wahlzeit ist durch Ortsgesetz verlängert oder verkürzt werden.

Die Wahlzeit beginnt am 1. Juni 1923. Die Gemeindevahlen werden in der Regel am Sonntag, dem 20. November 1923, abgehalten. Die Wahlzeit beginnt um 8 Uhr morgens und endet um 6 Uhr abends. Die Wahlzeit ist durch Ortsgesetz verlängert oder verkürzt werden. Die Wahlzeit ist durch Ortsgesetz verlängert oder verkürzt werden.

Die Wahlzeit beginnt am 1. Juni 1923. Die Gemeindevahlen werden in der Regel am Sonntag, dem 20. November 1923, abgehalten. Die Wahlzeit beginnt um 8 Uhr morgens und endet um 6 Uhr abends. Die Wahlzeit ist durch Ortsgesetz verlängert oder verkürzt werden. Die Wahlzeit ist durch Ortsgesetz verlängert oder verkürzt werden.

Die Wahlzeit beginnt am 1. Juni 1923. Die Gemeindevahlen werden in der Regel am Sonntag, dem 20. November 1923, abgehalten. Die Wahlzeit beginnt um 8 Uhr morgens und endet um 6 Uhr abends. Die Wahlzeit ist durch Ortsgesetz verlängert oder verkürzt werden. Die Wahlzeit ist durch Ortsgesetz verlängert oder verkürzt werden.

Die kommenden Gemeindevahlen sind mit aller Schärfe vor. Das Bürgerium ist seit längerer Zeit richtig. Die kommenden Gemeindevahlen sind mit aller Schärfe vor. Das Bürgerium ist seit längerer Zeit richtig.

Die kommenden Gemeindevahlen sind mit aller Schärfe vor. Das Bürgerium ist seit längerer Zeit richtig. Die kommenden Gemeindevahlen sind mit aller Schärfe vor. Das Bürgerium ist seit längerer Zeit richtig.

Die kommenden Gemeindevahlen sind mit aller Schärfe vor. Das Bürgerium ist seit längerer Zeit richtig. Die kommenden Gemeindevahlen sind mit aller Schärfe vor. Das Bürgerium ist seit längerer Zeit richtig.

Die kommenden Gemeindevahlen sind mit aller Schärfe vor. Das Bürgerium ist seit längerer Zeit richtig. Die kommenden Gemeindevahlen sind mit aller Schärfe vor. Das Bürgerium ist seit längerer Zeit richtig.

Die kommenden Gemeindevahlen sind mit aller Schärfe vor. Das Bürgerium ist seit längerer Zeit richtig. Die kommenden Gemeindevahlen sind mit aller Schärfe vor. Das Bürgerium ist seit längerer Zeit richtig.

Die kommenden Gemeindevahlen sind mit aller Schärfe vor. Das Bürgerium ist seit längerer Zeit richtig. Die kommenden Gemeindevahlen sind mit aller Schärfe vor. Das Bürgerium ist seit längerer Zeit richtig.

Kaiserlich-königliche Hofkassendirektion

Die Kaiserlich-königliche Hofkassendirektion schreibt in Nr. 117:

Die Kaiserlich-königliche Hofkassendirektion schreibt in Nr. 117: Die Kaiserlich-königliche Hofkassendirektion schreibt in Nr. 117: Die Kaiserlich-königliche Hofkassendirektion schreibt in Nr. 117:

Die Kaiserlich-königliche Hofkassendirektion schreibt in Nr. 117: Die Kaiserlich-königliche Hofkassendirektion schreibt in Nr. 117: Die Kaiserlich-königliche Hofkassendirektion schreibt in Nr. 117:

Die Kaiserlich-königliche Hofkassendirektion schreibt in Nr. 117: Die Kaiserlich-königliche Hofkassendirektion schreibt in Nr. 117: Die Kaiserlich-königliche Hofkassendirektion schreibt in Nr. 117:

Die Kaiserlich-königliche Hofkassendirektion schreibt in Nr. 117: Die Kaiserlich-königliche Hofkassendirektion schreibt in Nr. 117: Die Kaiserlich-königliche Hofkassendirektion schreibt in Nr. 117:

Provinz-Chronik

Die Kaiserlich-königliche Hofkassendirektion schreibt in Nr. 117: Die Kaiserlich-königliche Hofkassendirektion schreibt in Nr. 117: Die Kaiserlich-königliche Hofkassendirektion schreibt in Nr. 117:

Die Kaiserlich-königliche Hofkassendirektion schreibt in Nr. 117: Die Kaiserlich-königliche Hofkassendirektion schreibt in Nr. 117: Die Kaiserlich-königliche Hofkassendirektion schreibt in Nr. 117:

Die Kaiserlich-königliche Hofkassendirektion schreibt in Nr. 117: Die Kaiserlich-königliche Hofkassendirektion schreibt in Nr. 117: Die Kaiserlich-königliche Hofkassendirektion schreibt in Nr. 117:

Die Kaiserlich-königliche Hofkassendirektion schreibt in Nr. 117: Die Kaiserlich-königliche Hofkassendirektion schreibt in Nr. 117: Die Kaiserlich-königliche Hofkassendirektion schreibt in Nr. 117:

Arbeiter-Sport

Die Kaiserlich-königliche Hofkassendirektion schreibt in Nr. 117: Die Kaiserlich-königliche Hofkassendirektion schreibt in Nr. 117: Die Kaiserlich-königliche Hofkassendirektion schreibt in Nr. 117:

Die Kaiserlich-königliche Hofkassendirektion schreibt in Nr. 117: Die Kaiserlich-königliche Hofkassendirektion schreibt in Nr. 117: Die Kaiserlich-königliche Hofkassendirektion schreibt in Nr. 117:

Die Kaiserlich-königliche Hofkassendirektion schreibt in Nr. 117: Die Kaiserlich-königliche Hofkassendirektion schreibt in Nr. 117: Die Kaiserlich-königliche Hofkassendirektion schreibt in Nr. 117:

Die Kaiserlich-königliche Hofkassendirektion schreibt in Nr. 117: Die Kaiserlich-königliche Hofkassendirektion schreibt in Nr. 117: Die Kaiserlich-königliche Hofkassendirektion schreibt in Nr. 117:

Zur Lage in den Gewerkschaften

Reputation des Zentralaussschusses vom 16./17. Mai 1923

I. Die Politik des Schwermetalls und der Reichsregierung, der Arbeitgeberverbände und der staatlichen Verwaltung, die seit Jahr und Tag von den reformistischen Gewerkschaftsführern unerläßt wird, hat nicht nur eine fortgesetzte Verschlechterung der Lebenslage der Arbeiter herbeigeführt, sie beginnt sich auch mit voller Wucht gegen die Gewerkschaften selbst zu kehren. Diese vom Schwermetall bewußt und planmäßig durchgeführte Politik hat zu einer Zerkleinerung der finanziellen Mittelungen der Gewerkschaften geführt, die Arbeiterbewegung in jeder Hinsicht geschwächt und den Faschismus zu einer Lebensgefahr besonders auch für die Gewerkschaften gemacht.

II. Der Arbeiter, geführt nur auf Kosten des Proletariats, wiederum mit Unterstützung der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie, vertritt die Lage ganz ungenügend. Die Öffnung des internationalen Kapitales wird mit verborenen Händen besonders die Arbeiterklasse treffen. Die bevorstehende Kapitalkrisis im Ruhrkampf, die eine Katastrophe für die gesamte deutsche Arbeiterklasse nach sich ziehen muß, wird auch die Gewerkschaften in eine überaus ernste Gefahr bringen, da die rechten Führer, fast reines Mitglieder der sozialdemokratischen Partei, gemäß sind, das Sinnesprogramm mit Hilfe der Gewerkschaften durchzuführen. Deshalb sind die Gewerkschaften unter der gegenwärtigen Führung unfähig, den notwendigen Abwehrkampf gegen den mörderischen Kapitalismus zu führen.

III. Die reformistischen Gewerkschaftsführer sabotieren die Bildung der proletarischen Einheitsfront für die Erhaltung des Wohlstandes, für auskömmliche Löhne, für die Erhaltung der Sachwerte und Sicherung des Besizes, gegen die Lohnsteuer, gegen den Faschismus, für proletarische Abwehrorganisationen und für eine Arbeiter-Regierung.

IV. Dieselben Gewerkschaftsführer, die während des Krieges und der revolutionären Kämpfe die Gewerkschaften stets ungenügend für die politischen Zwecke in konterrevolutionärem Sinne ausgesagt haben, proklamieren jetzt, in einer Zeit, in der sich die gesamte Arbeiterklasse wie auch besonders die Gewerkschaften in einer überaus schweren Gefahr befinden, wieder die angebliche „Neutralität“ der Gewerkschaften, um damit um so besser ihre arbeiterschädliche Politik durchzuführen.

V. Die Politik der Bourgeoisie und ihrer Regierung hat zu einem gewissen Ausmaß die Gewerkschaften in immer größerer Ernüchterung und Abnahme der Kampfkraft geführt. Die Kauten und Lohnkauten werden die Arbeiter und Angestellten auf die Straße geworfen, mit ein paar Bettelstücken der „Arbeitslosen-Hilfe“, oder aus dem Korruptionsfonds der Rhein-Ruhr-Stille abgeholt. Das Unternehmertum erhält so die Möglichkeit, sich eine Vorkasse aus billigeren Kapitalisten zu schaffen, auch auf diesen Wege den Kampf gegen den Faschismus und für geordneten Lohnwandel voranzutreiben. Die Massen der Gewerkschaften bedeuten auch eine Gefahr für die Gewerkschaften, deren Kampfkraft gegen das Kapital gelähmt wird. Gegenüber dieser Gefahr unternehmen die Gewerkschaftsführer bisher nichts. Diese Vernachlässigung der Interessen der Gewerkschaften führt jedoch zur Verstärkung der noch in Arbeit stehenden an die Willkürherrschaft des Unternehmertums.

VI. Aber eine weitere, noch größere Gefahr entsteht aus der ständig zunehmenden Ernüchterung, aus der Passivität und schädlichen Politik der Gewerkschaftsbürokratie. In wachsender Zahl werden sich die Arbeiter von den Gewerkschaften ab, werden gleichgültig. Die Zahl der Unorganisierten vermehrt sich. In ihrer Hoffnungslosigkeit und ihrer verzweifelten Lage werden sie zum willkommenen Objekt des Faschismus. Schon haben die Faschisten verstanden, diese Schichten der Arbeiter, denen durch die schändliche Politik der rechten Gewerkschaftsführer der Glaube an ihre eigene Kraft gerichtet wird, in ihren Kampf zu ziehen. Faschistische Betriebsräte sind gewichtvollste Gewerkschaften organisiert worden. Der Bundesleistung des DGB, sind diese Zustände und die daraus entstehenden Gefahren für die deutsche Arbeiterklasse wohl bekannt. Trotzdem haben sie bisher nichts getan. Ihre Unfähigkeit läuft auf eine direkte Unterstützung der faschistischen Bestrebungen hinaus. Werden diese von Erfolg gekrönt, so ist die nur Vorbereitung der Gewerkschaften und der Arbeiterbewegung überhaupt nur noch ein Schritt. Die hieraus resultierenden Folgen sind zu erwarten an den Zuständen in Italien.

VII. Die erste Abwehrstellung, in die die gesamte Arbeiterklasse durch die Politik der Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie gedrängt

worden ist, hat zu ersten Differenzen auch in der Antidamern Internationale geführt, in der sich Elemente regen, um eine wirtschaftliche Klassenpolitik durchzuführen. Die überwiegende Mehrheit der Antidamern aber treibt überall dieselbe Politik wie die Reformisten in Deutschland.

VIII. Eine solche Führerpolitik muß die Gewerkschaften weiterhin in die schwersten Gefahren bringen. Die Opposition wird wachsen und die Position der reformistischen Gewerkschaftsführer ernsthaft bedrohen. Eben deswegen werden diese Führer durch den Ausschlag der oppositionellen Arbeiter ihre Stellung zu retten versuchen, unbekümmert darum, ob dadurch den Gewerkschaften Hunderttausende von Mitgliedern verloren gehen oder ob die Gewerkschaften gar gelähmt und zerrüttert werden. Diese reformistischen Führer wissen, daß, je, wenn sie nicht für die Interessen der Arbeiterklasse kämpfen, sie zwangsläufig genötigt sind, gegen die Interessen der Arbeiter aufzutreten. Es ist offensichtlich, daß große Teile der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie bewußt und systematisch die Spaltung der Gewerkschaften betreiben, um dann ungekört mit kommunistischen Gewerkschaften ihre bürokratische arbeiterschädliche Politik auch weiterhin durchführen zu können.

IX. Indem der Zentralaussschuß auf die sich häufenden Willkürakte gegen die Kommunisten und Oppositionellen in fast allen Gewerkschaften verweist und das arbeiterschädliche Treiben der Gewerkschaftsführer brandmarkt, fordert er die Gewerkschaftsmitglieder auf, den schärfsten Kampf gegen die Jesuiten und Jesuiten zu führen. Er betont mit allem Nachdruck, daß die Notwendigkeit gestillter, mächtiger, von revolutionärem Geist erfüllter Gewerkschaften noch nie so dringlich war wie gegenwärtig. Anstandslos des Spaltungsweilens der reformistischen Gewerkschaftsführer macht sich der Zentralaussschuß die Worte zu eigen, mit denen Genosse S i n o p e am 4. auf dem 4. Weltkongreß die Einigkeit der Gewerkschaften befruchtete:

„Wir haßen die Spaltung, wir fürchten die Spaltung, wir haßen sie für die größte Gefahr; denn wir wissen: die Zukunft in den Gewerkschaften gehört uns, und weil die Antidamern das wissen, wollen sie rechtzeitig im Interesse der Bourgeoisie die Gewerkschaften in zwei Teile zerlegen. Wir wissen, daß die Massenorganisationen des Proletariats fassbarlich zu machen. Das ist keine Strategie, sondern unsere innerliche Überzeugung.“

Der Zentralaussschuß fordert von neuem alle Arbeiter und Arbeiterinnen auf, den Gewerkschaften beizutreten und sie zu wirtschaftlichen Klassenorganen des Proletariats zu machen. Besonders die einseitigen und an der Gewerkschaftsausführung verzweifelten Arbeiter fordert der Zentralaussschuß auf, wieder in die Gewerkschaften einzutreten und aktiv mitzuwirken, den Saboteuren des Klassenkampfes das Handwerk zu legen.

X. Am den breiten Massen stets auf neue zu zeigen, wer die wirtschaftlichen Feinde der Gewerkschaftsarbeit sind, fordert der Zentralaussschuß weiterhin die Parteimitglieder in den ausgeschlossenen Arbeitern der Bauarbeiter, Eisenbahner, Fabrikarbeiter und Landarbeiter auf, trotz der Sabotage der rechten Gewerkschaftsführer seinen Kampfe um den Kampf um die Arbeiterklasse in die publizistischen Organisationsarbeit zu erheben. Es gilt, vor der gesamten Arbeiterklasse immer wieder zu betonen, daß die reformistischen Gewerkschaftsführer nicht nur die Spaltung in den betreffenden Orten und Verbänden verursacht haben, sondern daß sie es auch sind, die die Fortdauer der Spaltung verschärfen. In dieser ernsten Situation muß jede Einheit ausgenutzt werden, um in der breitensten Öffentlichkeit konträre Verhältnisse für die Arbeiterbewegung zu machen. Der Zentralaussschuß erwartet, daß derartige Bemühungen von der ganzen Opposition innerhalb der Gewerkschaften tatkräftig unterstützt werden.

XI. Ein Teil der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie nimmt den Leipziger Parteitag als Anlaß zu neuen Vorhaben gegen die revolutionären Elemente in den Gewerkschaften. Der Zentralaussschuß hebt sich daher voran, den Leipziger Beschluß wie folgt fortzusetzen:

„Der jeweils von der Zentrale festgesetzte monatliche Sonderbeitrag zur Finanzierung unserer Arbeit in den Gewerkschaften ist ein Teil des regulären Parteibeitrages. Wie dieser, so ist auch der Sonderbeitrag nur für die Parteimitglieder obligatorisch.“

Der Zentralaussschuß erinnert die Parteimitglieder daran, daß der Januar Parteitag jedes Mitglied, das nicht aus den Gewerkschaften ausgeschlossen ist und für das die Möglichkeit der gewerkschaftlichen Organisationsarbeit besteht, verpflichtet hat, sich gewerkschaftlich zu organisieren, und daß Funktionäre der Partei nur dann, wenn der gewerkschaftlich organisiert ist. Der Zentralaussschuß fordert die Parteimitglieder auf, die Parteiorganisationen auf, dafür zu sorgen, daß dieser Beschluß durchgeführt wird.

Die Parteiorganisationen sind verpflichtet, den Ausba der gewerkschaftlichen Organisationsarbeit und deren örtliches Zusammenwirken in roten Kartellen liberal durchzuführen und den darin tätigen Genossen mit Rat und Tat beizustehen.

So notwendig wie die kommunalistische Partisanenarbeit ist, ist ein richtiges Verhältnis zu den aus parteilosen, unabhängigen und sozialdemokratischen Arbeitern bestehenden Organisationen. Wo immer es sich für möglich erweist, müssen unsere Genossen die Initiative ergreifen, um ein gemeinsames Vorgehen der gesamten Opposition herbeizuführen. Besonders bei Wahlen zu Ortsvereinsleitungen, Delegationen zu Gaus und Verbandsabgaben, bei Lohnbewegungen, Durchführung der politischen Kämpfe und Stellungnahme zu politischen Fragen.

- XII. Aus der gegenwärtigen Lage ergeben sich für die revolutionären Gewerkschaften folgende besondere Aufgaben:
1. Der drohenden Gefahr der Spaltung gegenüber ist eine Kampagne für die Einheit und gegen die Spaltung der Gewerkschaften durchzuführen.
 2. Zur Stärkung der Kampfkraft der Gewerkschaften ist unter den organisierten Arbeitern eine besondere Propaganda für den Eintritt in die Gewerkschaften zu betreiben.
 3. Gegenüber der künftigen Vorkapitalisten der rechten Führer muß der Kampf geführt werden, daß die Gewerkschaften alle Maßnahmen, die es zu wirtschaftlichem wie politischem Gebiete, einlegen, um auskömmliche Löhne und Gehälter zu erzwingen.
 4. In allen Verbänden dafür zu kämpfen, daß diese sich mit ihrer ganzen Kraft der Gewerkschaften anschließen, deren Interessen gegenüber Staat und Unternehmertum auf das energischste verteidigen.
 5. In Verbänden und Gewerkschaften ständig auf die laienhaftigen, die vereinte Kraft aller Gewerkschaften zur Niederschlagung und Ausrottung des Faschismus einzusetzen.
 6. Energisch dafür zu agitieren und zu wirken, daß die Gewerkschaften ihre Macht auch politisch ausnützen, daß sie sich einreihen in die proletarische Einheitsfront zum Kampf für die Erhaltung der Sachwerte und gegen den Steuerwandel an der Arbeiterklasse, gegen die Faschisten und für proletarische Abwehrorganisationen, gegen die kapitalistische Herrschaft und für eine Reichs-Arbeiter-Regierung.

Gewerkschaftsbewegung

Veränderungen in der Leitung der Union

Wie wir dem Organ der Union der Hand- und Kopfarbeiter entnehmen, sind die Genossen Hammer und Hermann aus der Reichszentrale der Union zurückgetreten. Folgende Veränderungen sind in der Leitung der Union erfolgt:

An die Stelle des Genossen Hammer wurde der Genosse Töding zum Organisationsleiter, an die Stelle des Genossen Hermann wurde der Genosse Jäger (Franklin) zum Betriebsleiter gewählt. Da Genosse Töding die Organisationsleitung übernimmt, tritt an seine Stelle als Betriebsleiter in Rheinland-Verfahren der Genosse Dillmann.

Weber die Gründe des Rücktritts der Genossen Hammer und Hermann gibt folgende in der „Union“ veröffentlichte Erklärung zum Inhalt:

„Auf der am 28. und 29. April in Gelsenkirchen tagenden Reichszentrale der Hand- und Kopfarbeiter der Union wurden die Genossen Hammer und Hermann einmütig und einstimmig aus der Reichszentrale der Union zurückgetreten. Die Genossen Jäger und Töding sind in der Reichszentrale der Union am 28. April 1923 als Betriebsleiter und Organisationsleiter ernannt worden.“

Die Genossen Hammer und Hermann erklären, daß sie die Reichszentrale der Union verlassen haben, weil sie die Reichszentrale der Union nicht mehr als die Reichszentrale der Union anerkennen können. Sie erklären, daß sie die Reichszentrale der Union verlassen haben, weil sie die Reichszentrale der Union nicht mehr als die Reichszentrale der Union anerkennen können.

Der günstigste Moment

zum Einkauf sämtlicher Bedarfsartikel ist unser heutiges Angebot. Die anbauenden Preissteigerungen sind erschreckend und können wir aus diesem Grunde die unten angeführten Preise spottbillig nennen.

Frotte	einfarbig, viele Farben	Meter 8500,-	schöne Streifen	Meter 16500,-	14500,-
Baumwoll. Mouffeline	90 cm breit	Meter 6500,-	4500,-		
Behr. Boile	hell und mittelfarbig, 100 cm breit	Meter 7500,-			
Boll-Boile	moderne Muster, 100 cm breit	Meter 11800,-	9800,-		
Sport-Flanell	schöne Streifen	Meter 5200,-			
Waldstoff	für Straben-Mäntel, einfarbig, hell u. dunkel gefärbt	Meter 7200,-	6500,-		
Hemdenzeug	gute Qualität, 80 cm breit	Meter 4900,-	4500,-		
Linon	130 cm breit	Meter 8500,-	8200,-		
	80 cm breit	Meter 6200,-	4500,-		
Radapolam-Studerei und Einfäße	ca. 6-7 cm breit, Meter	450,-			
Unterrod-Bolant-Studerei	18-25 cm breit, Meter	400,-	3500,-		
Kleider-Bilfee-Kragen			5500,-		
Weißer Hemden-Langette			90,-		
Künstler-Garnitur	3teilig, 160cm, 24500	23500,-			
Stamine-Garnitur	3teilig, m. Einzigem, 39750	35000,-			
Halbfür	Garnitur, m. breitem, 15000	14800,-			
Wöbelbezugsstoff	gefärbt u. geblümt, Meter 15000	15000,-			
Kernseife	Doppelflüß	1100,-			
Weiße Sporttragen	weiß u. farblich, Stück	800,-			
Overhemd	einfarbig und gemustert mit weichen Kragen, Stück	22500	19500,-		
Sportreiter	mit Kragen, einfarbig und gemustert		3900,-		
Hosenträger	Gumm mit Lederstreifen		4000,-		
Strickfinder	in vielen Farben		3500,-		
Herrn-Stroh Hüte	Material-Form		4950,-		

GOLD Silber-, Platin-Bruch
- Brennstifte, Dublee
- alte Zahngebisse

1940 kauft lustvoll!

Holland
nur Schiffsbol 10, am Markt.

DIXON das dankbare Seifenpulver

ist sparsam im Gebrauch und billig.

ALLEINIGER BESTELLER
HENKEL & Co., DUSSELDORF

1 Dachdeckerzettel
heißt ein 1938
Otte Zmarbig,
Dachdeckermeister,
Reifenberg,
Quackhöder Str. 18.

Belger Gemölle
seit am 1. 10. 18.
am 1. 10. 2. 18. 18.
Zimmer n. 100
ab. 1000
Belger Gemölle,
Par. 42/44, u. 18.
18. 18.

